



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7
Dienstag, 7. Juni 2011
18:01 - 20:17 Uhr
Kantonsratsaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 21. Juni 2011

Vorsitz:	Edgar Zehnder	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Beat Steinacher	CVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Simon Stocker Alfred Tappolet	AL SVP
Anfang der Sitzung:	Rainer Schmidig	EVP
Schluss der Sitzung:	Martin Roost Rainer Schmidig	OeBS, parteilos EVP

TRAKTANDEN

1	VdSR Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011-2015	Seite 170
2	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	Seite 182
3	Postulat Urs Tanner (SP): Beitritt in den Verein Klar!Schaffhausen	Seite 185

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
30.11.2010	VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen-Orientierungsvorlage	FK Bau
17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
15.02.2011	VdSR Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für Pflegende Angehörige (Motion Iren Eichenberger vom 19.03.1996) ins Definitivum	FK Soziales
22.02.2011	Postulat Andi Kunz (AL): Demokratie beginnt nicht erst mit 18, (neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche	
22.02.2011	VdSR Sanierung und Verkauf Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87	GPK
01.03.2011	VdSR Strategie für die städtischen Restaurants	GPK
09.03.2011	Motion Urs Tanner (SP): Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen	
17.03.2011	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?	
06.04.2011	Interpellation Walter Hotz (FDP): Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen	
12.04.2011	Postulat Thomas Hauser (FDP): Vergrößerung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal	
05.05.2011	Postulat Christa Flückiger (SP): Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen	
10.05.2011	Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK
24.05.2011	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile	
24.05.2011	Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden	
07.06.2011	Postulat Josef Eugster (SVP): Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton	

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Dr. Raphaël Rohner (FDP):
Parkplatzkonzept für das Quartier Breite, Eingang 18. März 2011
- Walter Hotz (FDP):
Marketing Ziele und grundlegende Museumsstrategie der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. April 2011
- Christine Thommen (FDP):
Frauenanteil im Kader der städtischen Verwaltung, Eingang 3. Mai 2011
- Christa Flückiger (SP):
Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen
Eingang 18. Mai 2011
- Dr. Cornelia Stamm Hurter/Hermann Schlatter (SVP):
Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite, behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften, Eingang 24. Mai 2011
- Simon Stocker (AL):
Sicherheitswahn in der Stadt Schaffhausen, Eingang 27. Mai 2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR vom 22. März 2011:
Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011-2015**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 22. März 2011 und die Anträge mit den an der Ratssitzung vom 7. Juni 2011 beschlossenen Anpassungen mit 24:7 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag "Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011 bis 2015" vom 22. März 2011 und von den an der Ratssitzung vom 7. Juni 2011 beschlossenen Anpassungen.
2. Der Grosse Stadtrat ergänzt die Strategie wie folgt:
Im Bereich des Kerngeschäfts (Versorgung) verstärken die Städtischen Werke die regenerative Erzeugung, insbesondere durch die Erstellung eigener Anlagen und in Kooperation mit Dritten.
3. Der Grosse Stadtrat genehmigt die ergänzte Strategie "Lokaler Infrastrukturdienstleister mit ökologischer Ausprägung" der Städtischen Werke für die Jahre 2011 bis 2015.
4. Die Städtischen Werke informieren den Grossen Stadtrat einmal jährlich über den Stand der Umsetzung sowie der finanziellen Auswirkungen.

**Traktandum 2 VdSR vom 5. April 2011:
Bericht über die hängigen Motionen und Postulate**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 5. April 2011 und die Anträge mit den Änderungen der GPK vom 19. Mai 2011 mit 33:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 5. April 2011 und von den GPK-Anträgen vom 19. Mai 2011.
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raums (Fristverlängerung bis 31.12.2012)
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll Benken (Fristverlängerung bis 31.12.2012)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
 - Peter Neukomm betreffend Energie- und Klimaschutzkonzept (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
 - Christoph Lenz betreffend Schaffung von Übungsräumen (Fristverlängerung bis 31.12. 2013)

- Peter Möller betreffend Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt mit gleichzeitiger Erhaltung der Ausgangsqualität (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
4. Abzuschreiben sind die Postulate:
- Roland Schöttle betreffend Rollen statt Rütteln
 - Alfred Tappolet betreffend sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen

Traktandum 3 Postulat Urs Tanner (SP): Beitritt in den Verein Klar!Schaffhausen

Das Postulat wird vom Postulanten Urs Tanner (SP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit Stichentscheid des Ratspräsidenten und 15:14 Stimmen nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 7 vom 7. Juni 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Simon Stocker 26.05.2011: Sicherheitswahn in der Stadt Schaffhausen, Eingang 27. Mai 2011
- Antwort des SR vom 7. Juni 2011 auf Kleine Anfrage Nr. 4/2011 von Walter Hotz (FDP): Zusatzfragen: Städtische Werke, Cinema, Öko-Propaganda auf Rechnung der Strom-, Gas- und Wasserkonsumenten
- Antwort des SR vom 7. Juni 2011 auf Kleine Anfrage Nr. 8/2011 von Katrin Hauser-Lauber (FDP): Boot-Stopp am Lindli von der Stadt Schaffhausen "empfohlen"?
- Gemeinsames Schreiben von Regierungs- und Stadtrat an die Parlamente vom 26. Mai 2011 betreffend weiteres Vorgehen Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei
- GPK-Anträge vom 19. Mai 2011 zu VdSR Hängige Motionen und Postulate
- Bericht und Antrag der FK Soziales vom 27. Mai 2011 zu VdSR "Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für pflegende Angehörige"

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 24. Mai 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Strategie der Städtischen Werke für die Periode
2011-2015****Till Hardmeier (JFSH)****Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung**

„Die Vorlage ist für die bürgerlich-liberale Fraktion nicht nachvollziehbar, die Bewertung der Szenarien fehlt. Es wird nicht aufgezeigt, warum die gewählte Strategie die Beste ist und welches Szenario wie wahrscheinlich ist. Es gibt auch keine Konkurrenzanalyse. Die Werke positionieren sich, wo sie wollen und nicht, wo es am meisten Sinn macht. Man könnte fast meinen, das Ziel sei zum Voraus festgelegt worden, stamme aus dem SP-, AL- und OeBS-Parteiprogramm und wurde mit einem „reverse engineering“ in die Vorlage gebracht.

Strategie: Mit Investitionen in lokale Alternativenergieprojekte werden die Privaten konkurrenziert und verdrängt. Das ist nicht erstrebenswert, der Staat soll diese Anlagen nicht bauen, wenn es Private machen würden.

Zu Seite 2, Positionierung im Markt: Wir sind der Meinung, dass zu viel Personal und zu viele finanzielle Mittel im Marketingbereich eingesetzt werden. (Der Votant zeigt den Anwesenden ein Inserat der Städtischen Werke in der Jubiläumsbeilage der SN, das viel grösser als alle anderen ist. Für Stelleninserate gilt das gleiche Muster).

Die Städtischen Werke haben ein bisschen mehr Geld als alle anderen zur Verfügung. Dies fällt auch bei Anlässen auf. Wenn wir 12 Monate zurückblicken, hatten wir im Juli 2010 das Jubiläumsfest auf dem Fronwaagplatz; dort wurde eine neue Uhr mit einer Tafel darunter installiert, über die sich sehr viele Leute ärgerten. Sie wurde in der Zwischenzeit wieder entfernt. Im Juli 2010 fand eine Checkübergabe über CHF 30'000.-- für Brunnenprojekte im Ausland statt. Am Tag der Offenen Tür im August 2010 wurde ein Elektroroller für CHF 3'000.-- verlost. Im September 2010 fand der Mountainbike Event in Beringen statt sowie die Filmpremiere „Die 4. Revolution“. Im Januar 2011 wurde der Film „The Age of the Stupid“ gezeigt. Anlässlich des Cleansolution-Erlebnistages im Mai 2011 wurde für rund 300 Personen eine Schifffahrt von Schaffhausen nach Diessenhofen organisiert. Ebenfalls im Mai 2011, am Slow-up, konnte man den Segway und das E-Trottinett testen; es fand eine Verlosung eines solchen E-Trottinetts für CHF 1'400.-- statt. Das Mitsubishi Elektroauto wurde gekauft und kann für bescheidene CHF 20.-- pro Tag gemietet werden. Ich frage mich, warum es so viel Werbung braucht. Grosskunden können inzwischen wählen. Aber wie man lesen kann, haben diese nicht gewählt, sie sind nicht abgesprungen. Im Raum Schaffhausen kennt jedermann die Städtischen Werke, Werbung ist gar nicht nötig; die Kleinkunden können ohnehin nicht wählen. Von mir aus gesehen, wird massiv geklotzt, anstatt gespart.

Die Vorlage hätte unseres Erachtens in eine Kommission gehört, und so, wie sie uns vorliegt, ist sie nicht nachvollziehbar. Man hätte sie überarbeiten müssen. Wir werden deshalb in der Detailberatung einen Antrag auf Rückweisung stellen. “

Thomas Hauser (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

„Vorab, die FDP-Fraktion nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis von dem Bericht Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011 bis 2015. Die Zeiten ändern sich schnell. Hatten wir bis noch vor wenigen Jahren Werke mit verschiedenen Direktionen in der Stadt, so wurde diesbezüglich einiges zu unserem Vorteil verändert und zusammengelegt. Die Verteilung von Energie und Wasser unter einer Direktion ist nicht nur kostengünstiger, sie schafft auch Synergien, Effizienz und Wege für neue Lösungen, und solche sind heute beinahe täglich und nicht erst seit zwei Monaten immer mehr gefragt. Die aufkommenden Ideen von einer besseren Zusammenarbeit oder Fusion der Werke von Stadt und Kanton, EWS und EKS, sind hingegen nicht neu, diese haben schon vor 35 Jahren Mitglieder des Grossen Stadt- und Kantonsrates von der politischen Schalmel gepiffen.“

Der Verzicht auf Strom aus nuklearen Erzeugungsanlagen und der Verzicht auf fossile Energieträger, sprich Reduktion der CO₂-Belastung, beschäftigen uns seit langem und verlangen beinahe Lösungen im Sinne der „Quadratur des Kreises“. Der Verzicht auf fossile Energieträger ruft unwillkürlich nach mehr elektrischer Energie und mit dem Ausstieg aus der Kernenergie fehlen uns schweizweit 40% der elektrischen Energie. Das ist auf den ersten Blick schon ein gröberes Problem – und wenn man Studien Glauben schenkt, und das muss man ja, wenn man Ständerat Schweiger hört – dass bis ins Jahr 2050 der elektrische Stromverbrauch um 50% zunehmen wird, dann wird das Problem noch gröber. Die Problemlösungen werden mehr als schwierig, und, wie im Strategiepapier aufgezeigt, sind intelligente Lösungen gefordert. Da in unserer Region Windräder und Fotovoltaikanlagen alleine das zu erwartende Manko nie und nimmer überbrücken können, müssen einerseits die Energieeffizienz gesteigert und der Energieverbrauch eben intelligent gesteuert, und andererseits zusätzliche Produktionsanlagen gesucht und gefunden werden. Genau das ist das Ziel des vorliegenden Strategiepapiers der Städtischen Werke für die nächsten vier Jahre.

Wir unterstützen das Strategiepapier, fragen uns aber gleichzeitig: Reicht das? Oder stellt sich die Frage: „Muss man den Konsumenten täglich 24 Stunden Energie für alles zur Verfügung stellen oder lohnt es sich, einen Blick in die Vergangenheit und ins Netz vom EKS zu werfen?“ Bis vor wenigen Jahren konnten Haushalte im EKS-Netz, und das betraf auch die Quartiere Buchthalen und Herblingen, von 11 Uhr bis 13 Uhr für Wasch- und Abwaschmaschinen keinen Strom beziehen, zu diesen Spitzenzeiten standen entsprechende Haushaltsmaschinen still. Kann man etwas Ähnliches wieder einführen, das heisst, kann man mit intelligenten Lösungen tagsüber zu Spitzenverbrauchszeiten den Haushalten nur eine gewisse nötige Strommenge zur Verfügung stellen? Vielleicht wären Überlegungen in dieser Richtung für das Strategiepapier 2016 bis 2020 angezeigt: Eine intelligente Lösung, die den Haushalten nicht zu jeder Zeit für alles elektrischen Strom zur Verfügung stellt, das ist eine Anregung für die weitere Zukunft. Für die nahe Zukunft unterstützen wir das vorliegende Papier, das Wege in die richtige Richtung aufzeigt und auch in einer Kommission vorbesprochen wurde, nämlich in der Verwaltungskommission. Die Diskussion über Werbeausgaben sehen wir an einem anderen Ort, und zwar anlässlich der Rechnungsdebatte.“

Katrin Bernath (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

„Förderung der Energieeffizienz und Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien: Diese beiden in der Strategie genannten Stossrichtungen sind von zentraler Bedeutung für die zukünftige Energieversorgung. Der Umbau der

Energieversorgung ist eine der grössten aktuellen Herausforderungen. Die Gründe, warum es diesen Umbau braucht, sind allgemein bekannt. Die fossilen Energieressourcen sind endlich, der Klimawandel schadet Wirtschaft und Gesellschaft und die Sicherheitsrisiken der Nuklearenergie sind nicht vollständig zu beherrschen. Aus diesen und vielen weiteren Gründen kann es nicht mehr wie bisher weitergehen. Der Umbau der Energieversorgung geschieht nicht von heute auf morgen. Es braucht eine langfristige Strategie sowie verbindliche Ziele und konkrete Massnahmen. Zudem braucht es gemeinsame Anstrengungen, von globalen Abkommen bis zu persönlichen Beiträgen von uns allen. Eine wichtige Rolle spielen die Städtischen Werke als lokaler Energieversorger. Die in der Strategie genannten Stossrichtungen weisen unserer Ansicht nach in die richtige Richtung. Allerdings hätten wir von dieser Strategie etwas mehr erwartet, sowohl inhaltlich als auch qualitativ. Der eigentliche Kern der Strategie auf Seite 7 und 8 ist eine Sammlung von Schlagworten, die vieles offen lässt.

Was es nun als nächsten Schritt braucht, sind konkrete Ziele und Massnahmen. Die Strategie gibt beispielsweise keine Hinweise auf Ziele zum Anteil erneuerbarer Energien am Strommix. Ebenso sind in Ergänzung zur Strategie Massnahmen auszuarbeiten, wie die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien erhöht werden soll. Solche Massnahmen sind zum Beispiel:

- Investitionen in eigene Anlagen und Beteiligungen an grösseren Anlagen.
- Investitionsbeiträge für Solaranlagen oder attraktive Einspeisetarife für Strom aus Anlagen, die bei der kostendeckenden Einspeisevergütung auf nationaler Ebene auf der Warteliste stehen.
- Massnahmen zur Erhöhung der Nachfrage nach Ökostrom durch Information und Marketing oder durch einen Wechsel des Standard-Stromprodukts.

Auch zur Energieeffizienz enthält die Strategie keine konkreten Ziele und Massnahmen. Für eine wirkungsvolle Steigerung der Effizienz braucht es zum Beispiel:

- Finanzielle Anreize durch einen Effizienzbonus für diejenigen, die ihren Energieverbrauch senken.
- Förderung der Energieeffizienz in privaten Haushalten, Gewerbe und Industrie durch Information und Erfahrungsaustausch.

In Bezug auf die Information sind die Städtischen Werke mit dem Energiepunkt bereits auf einem sehr guten Weg. Die vielfältigen Informations- und Beratungsangebote überzeugen mich und ich möchte den kompetenten Auskunftspersonen an dieser Stelle ein Lob aussprechen.

Die genannten Vorschläge sind alle weder neu, noch besonders innovativ. Dafür zeigen zahlreiche Beispiele aus anderen Städten, dass sie machbar sind. Auch die Städtischen Werke haben bereits bisher Beiträge für eine umweltgerechte Energieversorgung geleistet. Die Anstrengungen in diese Richtung sind jedoch deutlich zu verstärken, damit der erforderliche Umbau des Energiesystems erfolgreich realisiert werden kann. Die Städtischen Werke sind dabei nicht allein gefordert, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Energieversorgern, mit Unternehmen, der Politik und mit der Bevölkerung.

Der Weg Richtung Energieeffizienz und dezentraler Stromproduktion in eigenen Anlagen ist längerfristig übrigens auch ökonomisch vorteilhaft, denn so sind wir

weniger abhängig von den Preisen im internationalen Energiehandel, die, wie in Expertenkreisen unbestritten, in den kommenden Jahren sicherlich steigen werden. Allerdings können wir nur davon profitieren, wenn wir jetzt bereit sind, entsprechende Investitionen zu machen. Dass wir heute günstigen Strom aus bereits abgeschriebenen Wasserkraftwerken beziehen können, ist auch nur deshalb möglich, weil vor einigen Jahrzehnten massiv investiert wurde.

Zum Schluss kurz zusammengefasst unsere Stellungnahme zu den Inhalten und der Umsetzung der vorliegenden Strategie:

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion akzeptiert die Strategie und wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Wir erwarten, dass nun verbindliche Ziele und konkrete Massnahmen ausgearbeitet, den zuständigen Gremien vorgelegt und möglichst rasch umgesetzt werden. Weiter erwarten wir aktive Beiträge der städtischen Werke bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele der Stadt und freuen uns auf innovative Vorschläge von unserem ökologischen Vorreiter. “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Ich sage nicht viel anderes wie meine Vorrednerin aus der OeBS, die Vorteile und Bedenken sind in ihrem Bericht bereits sehr gut zusammengefasst worden. Zu Till Hardmeier: Die VK besteht aus Ernst Spengler, Gädi Distel, Dr. Raphaël Rohner und meiner Wenigkeit - das sind ja bekanntlich nicht nur Mitglieder der SP/AL-Fraktion.

Zur Strategie der Städtischen Werke schreibt Rudolf Strahm heute in einer grossen Tageszeitung: “Der jetzt fällige Entscheid über den Atomausstieg hat vorerst nur symbolische Bedeutung. Entscheidender sind die Massnahmen, die daraus abgeleitet werden”.

Ersetzen Sie „Atomausstieg“ durch Strategie. Die Strategie der Werke ist eine gute, die Strategie ist quasi der blanke Knochen der Zukunft. Das Fleisch am Knochen müssen wir noch produzieren, auf dem lässt sich nicht viel aufbauen. Das ist das generelle Problem oder der Vorteil von Grundlagenpapieren. In den Augen unserer Fraktion sind wir strategisch/energiepolitisch aber gut aufgestellt. Drei überwiesene Vorstösse (Atomausstieg, Autarkie, 2000Watt-Gesellschaft) bieten zusammen mit dem Strategiepapier die Grundlage. Zu diesen drei Vorstössen erwarten wir grosse richtungsweisende Vorlagen, und zwar je schneller, desto besser. Bei diesen Vorlagen erwarten wir, dass die Werke auch eigene Anlagen bauen. Bei diesen Vorlagen erwarten wir zudem, dass wir beim Kassensturz in zwei Jahren anders erscheinen als heute.

Gut sind wir bei der Subventionierung, manchmal bis zu 75% der Investitionen, wie Christian Eichholzer im "Schaffhauser Bock" zu Recht monierte. Aber man muss die Beitragssätze differenziert betrachten; man kommt nicht immer auf diese 75%:

Die Beitragssätze (gültig ab 01.01.2011) sind Fördersätze vom Kanton, und zwar leistungsabhängig. Es werden CHF 3'500.-- pro kWp (Abkürzung für Kilowatt Peak (Spitzenleistung), maximale Leistung eines Photovoltaik-Moduls beziehungsweise einer Solarstromanlage) bezahlt. Die Stadt Schaffhausen zahlt einen Förderbeitrag von 50% des Kantonsbeitrags, maximal CHF 20'000.--; hier sind wir nicht schlecht unterwegs. Generell von 50% zu sprechen, stimmt mathematisch nicht.

Bei der Bezahlung von Solarstrom an Kleinproduzenten - das schleckt keine Geiss

weg - sind wir schlecht. Wir bezahlen 7,6 Rappen pro Kilowattstunde; ewz (Energie Wasser Zürich), ewb (Energie Wasser Bern), ewl (Energie Wasser Luzern) und Groupe E (Energieunternehmen, welches den Kanton Freiburg, Kanton Neuenburg und Teile des Kanton Waadt mit elektrischer Energie versorgt) bezahlt gleich viel, wie der Kunde als Konsument abgeben muss.

Am besten fördern den Solarstrom das EWS (Kanton Aargau) mit 30 Rappen, Rii seez (Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Region Rheintal und Seezgebiet) mit 26.-- Rappen sowie Winterthur und Basel Stadt mit 61 Rappen pro Kilowattstunde. Auch diese Städte subventionieren die Anlagen noch teilweise. Unbestechlich als Masseinheit ist wohl der Strommix: Hier hat der im Jahr 2009 verkaufte Solarstrom 0,1% ausgemacht - das ist zu wenig, um sich zurückzulehnen.

Erlauben Sie mir noch einen Blick über den grossen Teich nach Kalifornien. Wie hat es Kalifornien geschafft, den Stromverbrauch in den letzten 30 Jahren stabil zu halten, während der Rest der USA seinen beinahe verdoppelte? Das Zauberwort heisst Entkopplung und gehört nicht mehr nur in Kalifornien, sondern auch in vielen anderen US-Bundesstaaten zur Grundlage der Stromversorgung. Anders als in der Schweiz, wo Grossverbraucher noch mit Mengenrabatten für einen hohen Stromkonsum belohnt werden, sind in Kalifornien alle Anreize für einen höheren Stromabsatz gestrichen worden. Strommenge und gelöste Preise sind völlig getrennt. Diese Entkopplung kann unterschiedlich vorgenommen werden; am einfachsten ist ein vom Bundesstaat jährlich festgelegter Garantiepreis. Erreichen die Werke eine vereinbarte Stromeinsparung, so erlaubt ihnen die Behörde einen Verkaufspreis, der mindestens die fixen Kosten deckt. Auch dieser Input scheint für zukünftige Vorlagen beachtens- und nachahmenswert. Was in der Vernehmlassung zum Strategiepapier auch von uns schon angesprochen wurde, aber im Schlusspapier nicht mehr klar ersichtlich ist, ist die Erstellung eigener Anlagen. Dazu wird aus unserer Fraktion noch ein Antrag kommen.

Fazit: Grundlagenpapiere und Strategien sind gut, konkrete Vorlagen, auf die wir uns freuen und die wir einige schon längst bestellt haben, sind noch besser. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Um es gleich vorweg zu nehmen, die SVP/EDU-Fraktion ist nicht gegen eine ökologische Ausrichtung der Städtischen Werke, aber die Mehrheit unserer Fraktion akzeptiert nicht, dass uns eine derart inhaltsleere, nichts sagende Vorlage zur Strategie der Städtischen Werke unterbreitet wird. Urs Tanner hat es bereits erwähnt, mit diesem Papier kann alles oder nichts gemacht werden, weil es gar nichts aussagt.

Die Vorlage zeichnet sich durch weitschweifende, mit modischen neudeutschen Fremdwörtern gespickte Ausführungen aus. In epischer Breite wird uns dargelegt wie die Städtischen Werke und andere Unternehmen, wahrscheinlich unter tatkräftiger Mitarbeit von externen Institutionen, Marktszenarien erarbeitet haben, und wie die VK und Geschäftsleitung unter kundiger Anleitung eines externen Beratungsinstituts dann eine Strategie gewählt haben.

Was wir aber vermissen - und hier liegt der Hund begraben – ist eine klare und nachvollziehbare Begründung, wieso die gewählte Strategie gegenüber den anderen in der Vorlage aufgezeigten als Nummer 1 hervorgegangen ist. Wir hätten erwartet, dass kurz dargelegt wird, worin die Vor- und Nachteile der anderen Szenarien liegen

und inwiefern und in welchem Masse die gewählte Strategie gegenüber den anderen überlegen ist. Auch fehlt eine Chancen-Risiken-Analyse gänzlich. Einen grossen Mangel sehen wir weiter darin, dass sich diese Vorlage über mögliche Kooperationen ausschweigt. Viele kommunale Versorger erkennen, dass sie aktiv neue Wege gerade in der Zusammenarbeit mit Partnern gehen müssen, um weiter im Markt erfolgreich zu sein. Letzte Woche konnte man den Medien entnehmen, dass eine engere Zusammenarbeit mit dem EKS geplant sei. Es gehört unseres Erachtens auch in eine Strategie, dass man sich über neue Kooperationsverbund-Möglichkeiten strategische Netzwerke Gedanken macht. Man hat das Gefühl, dass es sich hier eher um einen Bauchentscheid handelt, der zwar durchaus sympathisch ist und dem aktuellen Zeitgeist perfekt entspricht. Ich betone an dieser Stelle nochmals, dass für die SVP/EDU-Fraktion die ökologische Ausrichtung der Städtischen Werke nicht das Problem ist. Problematisch ist für uns die mangelnde Herleitung sowie, dass nicht aufgezeigt wird, welches die finanziellen Folgen und allenfalls Risiken dieser Strategie sind. Schlussendlich geht es ja hier um Volksvermögen, und da stehen die Städtischen Werke in der Verantwortung.

Die uns präsentierte Vorlage beantwortet wesentliche Fragen nicht und lässt eine objektive, umfassende Begründung für die gewählte Strategie vermissen. Aus diesen Gründen lehnt die Mehrheit unserer Fraktion die Vorlage ab. Wir unterstützen deshalb mehrheitlich den angekündigten Rückweisungsantrag der Bürgerlich-liberalen Fraktion FDP/JSVP/JFSH. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtpräsident

”Nachdem wir unter Mitwirkung der meisten Fraktionen - allerdings ist die Fraktion von Till Hardmeier nicht vertreten - an der Strategie der Städtischen Werke gearbeitet haben, stelle ich sie Ihnen aus der Sicht des Stadtrats vor. Ich weise an dieser Stelle daraufhin, dass wir auf der einen Seite wissen, dass wir nicht genügend gemacht haben und inhaltlich wahrscheinlich nicht dem entsprechen, was in bestimmten politischen Kreisen erwartet wurde. Auf der anderen Seite sind wir in einer Situation eingeklemmt, die in solchen Strategiefragen Konsenslösungen erfordert. Da können weder persönliche, noch politische Vorlieben im Vordergrund stehen. Ich betone an dieser Stelle, dass die Städtischen Werke - trotz der Inserate, wie von Till Hardmeier dargelegt - das wohl erfolgreichste Rad am Wagen dieser Verwaltung sind und seit Jahren auch von diesen “Rädern”, die geliefert werden, profitieren. Es sind heute verschiedene Verantwortliche der Werke anwesend, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle ein grosses Kompliment für ihr Engagement und ihre Arbeit für diese Stadt, diese Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger von Schaffhausen aussprechen. Es ist keinesfalls so, dass Inserate deswegen platziert werden, weil wir Lust auf möglichst grosse Inserate haben, sondern weil es gleichzeitig unsere Kunden sind. Vielleicht liegt der Grund, warum praktisch keine Grosskunden abgesprungen sind, im geschickten Marketing. Aber darüber müsste man natürlich nachdenken. Da anscheinend ein anderes Vorgehen besser ins Konzept passt, werden einfach irgendwelche Salven abgefeuert. Till Hardmeier, ich würde es begrüßen, wenn auch Ihre Fraktion Mitglied der VK wird. An dieser Stelle spreche ich auch den Mitgliedern der VK mein grosses Kompliment aus; es wurde sehr seriös gearbeitet, wir haben uns mit den Problemen auseinandergesetzt und - wie Urs Tanner schon gesagt hat - gemeinsam und über alle Parteigrenzen hinweg nach Lösungsansätzen gesucht, um die grosse und verantwortungsvolle Unternehmung weiterführen zu können.

Betreffend der von Urs Tanner genannten Subventionen sind wir bezüglich

Abgeltung pro Kilowattstunde zwar nicht die letzten, aber eher im hinteren Bereich. An der damaligen Kassensturz TV-Sendung wurde ganz am Schluss hinzugefügt, dass die Subventionen für die Erstellung der Anlagen nicht Gegenstand des Vergleichs waren. Vergleichen wir diese Werte, kommen wir auf eine durchschnittliche Zusatzsubvention von 20 bis 25 Rappen und bewegen uns damit durchaus im Mittelfeld. Der grösste Subventionsgeber, die Industriellen Werke Basel IWB haben den Vorteil, dass sie riesige Anteile an amortisierten Wasserkraftwerken halten, und damit können wir bei uns nicht aufwarten. Das ist auch der Hauptgrund, warum die IWB grundsätzlich keinen Atomstrom verkauft.

Ich komme jetzt zur Zukunftsstrategie der Städtischen Werke StWSN und vielleicht ergeben sich neue Aspekte für diejenigen unter Ihnen, die an den Vorgesprächen nicht dabei waren; ich bin aber selbstkritisch genug und mir auch bewusst, dass das Vorgehen und der Einsatz der Verwaltungskommission beim nächsten Mal überprüft werden muss. Es gab durchaus eine vorberatende Kommission, und zwar mit Vertretern aller Fraktionen.

Ich danke für die mehrheitlich wollwollende Aufnahme. Mit der Strategie der StWSN tangieren wir ein Megathema, das auch diesen Rat schon mehrfach beschäftigte und in drei überwiesenen Vorstössen seinen Ausdruck hat, zu denen auch wirklich Fleisch am Knochen geliefert werden muss. Wir sind zusammen mit dem Kanton dabei, Lösungen anzubieten; es geht nicht an, dass die Stadt Insellösungen anbietet, wir sind als Teil dieses Kantons in Energiefragen selbstverständlich überall "eingesteckt", und zwar nicht nur in Richtung Schweiz, sondern auch in Richtung Ausland. An diesen Vorlagen und Berichten arbeiten wir und haben Ihnen auch den Bericht und Antrag betreffend überwiesene Motion von Urs Tanner zum Thema Atomausstieg auf den Herbst 2010 angekündigt. Wir werden Ihnen den noch viel anspruchsvolleren Bericht zum Klimaschutz und zur 2000Watt-Gesellschaft noch dieses Jahr vorlegen können. Auf dieser Linie liegt auch das heutige Geschäft. In diesem Bereich muss die allgemeine Richtung übereinstimmen, vor allem müssen die Anschlüsse stimmen. Wir können nicht jetzt etwas festlegen, das uns im Nachhinein im Weg steht. Deshalb sind wir in der Vorlage zur neuen Unternehmensstrategie der StWSN relativ wage geblieben, haben aber trotzdem einen Paradigmenwechsel zur alten Strategie vollzogen, das heisst, dass mit der neuen Strategie die langfristig geplante Stossrichtung des Unternehmens zur Erreichung seiner Ziele verstanden wird. Daneben ist die bestehende Eigentümerstrategie in allen Punkten noch richtig, die sich - wie von Dr. Cornelia Stamm Hurter ausgeführt - mit den Fragen der Sicherung des Volksvermögens, das in den StWSN investiert ist, beschäftigt. Die Eigentümerstrategie verändert sich nicht, Sie können diese auf Seite 3 unter Kapitel 2.2 der Vorlage nachlesen. Die bestehende Unternehmensstrategie konzentrierte sich vor allem auf die Stärkung des Querverbundes und die organisatorischen Fragen und stellt eine Folge des Prozesses der Arbeitsgruppe AGSSF aus dem Jahr 2005 dar. Sie wird mit dem Fokus zum "Infrastrukturdienstleister mit ökologischer Ausprägung" markant ergänzt und gestärkt. Um den Hintergrund für den Wechsel einzuordnen, weisen wir darauf hin, dass diese Verschiebung lange vor Fukushima stattfand; die anwesenden Mitglieder der VK wissen dies. Seit diesem Ereignis und den entsprechenden nationalen Weichenstellungen gilt diese Strategie mit ihrer angestossenen Richtung erst recht.

Verfahrensablauf:

Zu diesem Thema werden auch einige kritische Töne von mir laut, auch gegenüber dem selbstgewählten Verfahren. Der Ablauf mit der VK als zuständiges Organ für die

Erarbeitung und als Schnittstelle zu den Fraktionen und zum Parlament war Neuland und nicht perfekt ausgeleuchtet. Verfahrenstechnisch und in den Abläufen könnte dieser Prozess im Rückblick noch verbessert werden. Die Verfahrensschritte waren nicht klar eingegrenzt und führten in den Fraktionen zu verständlichen Irritationen, insbesondere, weil der genaue Wortlaut damals noch nicht vorlag. Die Eckdaten wurden in den Fraktionen von den VK-Mitgliedern oder von Herbert E. Bolli vorgestellt, alle Aspekte des unternehmerischen Umfelds und die Perspektiven anhand von Folien erläutert. An dieser Stelle erwähne ich gerne, dass die unternehmerische Herausforderung darin liegt, in absehbarer Zeit die Liberalisierung des Energiemarktes auch für die Haushalte verkraften zu können. Wir müssen sehr gut aufgestellt sein und ebenfalls sehr gut mit unseren Kunden vernetzt bleiben. Die ersten Rückmeldungen nach den Präsentationen waren alle positiv und der SR verabschiedete die definitive Vorlage an das Parlament. Diese wurde mit dem konkreten Wortlaut in den Fraktionen nochmals diskutiert und von Herbert E. Bolli teilweise ergänzend erläutert. Es werden heute Abend aber noch Zusatzanträge von Seiten der SVP- und SP-Fraktion eingereicht. Der Stadtrat sieht diesen positiv entgegen. Rückblickend auf den etwas anderen Verfahrensablauf kann ich nur bestätigen, dass man nie ausgelernt hat. Ich nehme gewisse Stolpersteine zum Anlass, um für die Zukunft entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Erarbeitung der Vorlage:

Wir hatten als Ausgangslage die alte AGSSF-Strategie und kannten die inzwischen erfolgten und geplanten Liberalisierungsschritte. Darauf mussten wir eine unternehmerische Antwort geben, wir wussten ebenfalls um die Bedeutung der erneuerbaren Energien bezüglich langfristige Versorgungssicherheit, weil die fossilen und später auch die nuklearen Energieträger langsam zur Neige gehen; die fossilen sind klimaschädlich und die nuklearen bergen erhebliche Risiken beziehungsweise stossen zunehmend weniger auf Akzeptanz. Wir wählten deshalb vier mögliche Szenarien einer zukünftigen Entwicklung, siehe Seite 5 und 6 der Vorlage: Auswirkungen einer vorüberziehenden Liberalisierungswolke, Vorteil für die grossen Stromkonzerne bei einem dezentralisierten Ansatz mit guten Chancen für Stadtwerke und bei regional orientierten ökologischen Einzellösungen. Wir wollten uns zwischen diesen verschiedenen Szenarien möglichst günstig und robust positionieren, was auch die grosse unternehmerische Herausforderung der Zukunft sein wird, und dies gilt nicht nur für die Stadtwerke Schaffhausen, sondern für alle Stadtwerke, wie die Diskussionen in der gemeinsamen Plattform Swissspower deutlich zeigen. Wir können von Erfahrungen unserer Partnerorganisationen und Partnerunternehmen nur profitieren. Das war übrigens auch der Grund, warum wir eine externe Moderation gewählt haben; das von uns gewählte Unternehmen hat auch schon grössere und kleinere Stadtwerke begleitet. Es erscheint mehr als legitim, wenn wir uns nicht immer zutrauen, überall das Rad selbst erfinden zu müssen, sondern von den Erfahrungen und Lernprozessen anderer profitieren können. Anscheinend ist gerade der Beizug von externen Beratern aber ein grundsätzliches Problem, das wir bei Gelegenheit miteinander ausdiskutieren müssen. Es kann nicht sein, dass wir über jede externe Beratung eine Grundsatzdiskussion führen müssen. Wir sind zu klein, um alles zu wissen - es ist nichts als gescheit, wenn wir uns hin und wieder von Profis beraten lassen.

Inhaltliche Ausrichtung der Vorlage:

Diese wurde vor allem von Thomas Hauser angesprochen. Die relevanten Punkte sind auf Seite 7 der Vorlage unter dem Titel "Lokaler Infrastrukturdienstleister mit ökologischer Ausprägung" aufgeführt. Wir wollen die Werke stärken und klarer positionieren: Als Kompetenzzentrum für Smart-Technologien, und dies vor allem in

Kooperationen. Es ist uns völlig klar, dass wir das nicht alleine bewerkstelligen können - diese Bemerkung richte ich vor allem an Dr. Cornelia Stamm Hurter. Wir müssen allianzfähig sein. Wenn Thomas Hauser frühere Zeiten erwähnt, als die Haushaltmaschinen über Mittag nicht eingeschaltet werden konnten, war das die Steinzeit dieser Technologie. Meine Zukunftsvision ist ein App auf dem iPhone, wo wir jederzeit feststellen können, ob sich unser Haushalt im grünen oder roten Bereich bezüglich Energieverbrauch bewegt. Gleiches gilt auch für die Beschaffung (zu Urs Tanner). Wir können uns keine Grosssolaranlagen und Wasserkraftwerke im Ausland leisten oder gar Windparks selbst aufstellen. Kluge Kooperationslösungen sind gefragt. Diese Diskussion wird in der ganzen Schweiz in den Städten und Kantonen und auf der anderen Seite der Landesgrenzen in ähnlicher Weise geführt werden. Wir möchten auch weiterhin ein solides Verbundunternehmen bleiben. Hier entstehen gewisse Inkompatibilitäten mit dem Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen AG (EKS AG), das ein reines Stromversorgungsunternehmen ist, und zwar über die Kantons- und Landesgrenze hinaus. Die StWSN verkaufen gleichzeitig Strom, Gas und Wasser und sind an Telekommunikationsangeboten beteiligt. Das ist unser Trumpf, den wir ausspielen können. Daraus ergeben sich sehr viele Kooperationsmöglichkeiten mit dem EKS; von einer Fusion möchte ich im Moment aber nicht sprechen.

Mit diesen Ausführungen habe ich ausgeleuchtet, wie wir uns an diese Arbeit gemacht haben. Ich gebe zu, dass die Wortwahl der Vorlage relativ schwierig ist; es werden Begriffe benutzt, die innerhalb der VK gut verständlich waren, weil sie aus Vergleichen mit anderen Stadtwerken stammen und übernommen wurden. Die Sprachwahl der Vorlage ist mein zweiter Kritikpunkt, ich würde sie heute anpassen.

Die StWSN sind für die Zukunft richtig positioniert. Ich verspreche Ihnen für die Zukunft, dass wir aus den zu erledigenden Hausaufgaben für die Zukunft die richtigen Schlüsse ziehen und hoffe auf Ihre Zustimmung zur Vorlage, um damit die Stadt Schaffhausen im Konzert mit anderen Werken richtig aufzustellen und zu positionieren. “

Ernst Spengler (SVP)

Votum

”Mit einer Strategie will man sich auf ein Ziel ausrichten. Im vorliegenden Fall heisst das kurz gesagt: Mehr Ökologie durch Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung von Anlagen zur Produktion von erneuerbarer Energie. Der Weg zu diesem Ziel darf kein Schmalspurgeleis sein. In einem sich ständig verändernden Umfeld braucht es Flexibilität, deshalb die offene Formulierung. Wir legen heute nur das übergeordnete Ziel fest. Die einzelnen Schritte in die Wege zu leiten, ist Hauptaufgabe des Managements. Es führen viele Wege nach Rom. Dort, wo wir mitreden können, werden wir sicher zu gegebener Zeit noch zu Wort kommen. Allfällige Ideen oder Verhandlungen mit Partnern oder Kooperationen voreilig in die Welt hinauszuposaunen, kann unter Umständen kontraproduktiv sein. Ich betone nochmals: Wir legen heute nur das übergeordnete Ziel fest. Ich werde der Vorlage zustimmen. “

Josef Eugster (SVP)

Votum

”Aus bekannten Gründen ist zurzeit weltweit eine Energiediskussion im Gang. Zurückgestuft auf die Stadt Schaffhausen, respektive die Städtischen Werke, beteiligen sich Hunderte, ja sogar Tausende Energiefachexperten an dieser Diskussion. Man begegnet ihnen überall, auf der Strasse, in den Restaurants, an

Veranstaltungen, ja sogar hier in diesem Saal. Es werden Vorschläge gemacht und Forderungen aufgestellt, die teilweise nur schwer nachvollziehbar sind. Sei es, wie es wolle. Für uns steht fest, dass die Städtischen Werke die Herausforderung annehmen und gewillt sind, neue Wege zu gehen, wenn auch teilweise noch visionär. Aber es kommt Bewegung in die Energiepolitik. Um am Erfolg informativ teilzunehmen, stellen wir einen *ergänzenden Antrag 3*, der wie folgt formuliert ist.

Die Städtischen Werke informieren den GrSR einmal jährlich über den Stand der Umsetzung sowie der finanziellen Auswirkungen. “

Daniel Preisig (JSVP)

Votum

”Diese Strategie ist die einzige korrektive Einflussnahme, wie wir als Parlament unseren verfassungsmässigen Kontrollauftrag bei den Städtischen Werken wahrnehmen können. Abgesehen von dieser Strategie haben wir keinerlei korrektive Einflussnahme bei den Städtischen Werken. Leider ist das dünne Papier, das jetzt auf unseren Tischen liegt und den Titel Strategie trägt, nicht gerade aussagekräftig, wie schon meine Vorredner bemerkt haben. Die Ideen in diesem Papier sind schwammig, unklar und träumerhaft. Man will auch ein bisschen hip sein und schwimmt unkritisch auf der immer unsachlicheren Welle der Ökohysterie mit. Da kann es schon mal sein, dass die wirklich wichtigen unternehmerischen Fragen völlig untergehen. Wenn man die wohlklingenden, meist neudeutschen Worthülsen aus dem Bericht heraus nimmt, bleibt nichts mehr übrig. Für mich ist klar: Mit diesem so genannten Strategiepapier geben wir den Städtischen Werken einen Blanko-Scheck. In diesem Papier steht eigentlich: Macht, was ihr wollt.

Dabei wäre eine Korrektur des Schlingerkurses der Städtischen Werke bitter nötig: Die völlig übertriebenen Marketing-Aktivitäten haben mit der Kinovorführung von einseitigen Öko-Propaganda-Filmen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Insgesamt wird man das Gefühl nicht los, dass die Stadt die Städtischen Werke als Sponsoring-Werkzeug für allerlei Aktivitäten und Anlässe benutzt, und das völlig ausserhalb der parlamentarischen Kontrolle. Auch die Zahlen bestätigen diese schlimme Vermutung: Satte 2.3 Mio. Franken geben die Städtischen Werke jährlich für Marketing aus, etwas viel für einen Monopolisten, würde ich meinen.

Deshalb bitte ich Sie, unseren **Rückweisungsantrag** zu unterstützen. Wir brauchen dringend eine Strategie, die auch etwas aussagt, und vor allem eine Korrektur der Marketing-Ausgaben auf ein verhältnismässiges Niveau. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Die Vorlage vom 22. März 2011 spricht über die Strategie der Städtischen Werke und im ersten Satz wird erwähnt, dass der Grosse Stadtrat gemäss Stadtverfassung, Art. 45, die Versorgungs- und Geschäftsstrategie der Städtischen Werke festlegt. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle empfehlen, dass Sie Till Hardmeier - wenn Sie ihn schon kritisieren - auch einmal fragen sollten, was er in seiner Firma tagtäglich macht. Sie werden überrascht sein, welche Projekte er weltweit leitet.

Zu meinem Votum zur Strategievorlage der Städtischen Werke: Diese Vorlage kommt mit viel Tamtam daher, mit einem Tempel als Sinnbild, alles auf das Modethema Ökologie ausgerichtet, mit zahlreichen Graphiken, Hinweisen auf Szenarien und umfangreichen Strategieprozesse. Das Ganze tönt so, als hätte ein übereifriger Student zum ersten Mal die Möglichkeit, sein theoretisches Wissen an

einem konkreten Fall anzuwenden. Er versucht dabei, alles möglichst gut zu machen. Leider wird aus seinem guten Willen ein ziemliches Durcheinander. Zwar wird mit Konzepten, Szenarien und Prozessen am Laufband um sich geworfen, eine klare Priorisierung der unterschiedlichen Zieldimensionen findet jedoch nicht statt. Die Ausrichtung auf die Ökologie bleibt nebulös und beschränkt sich auf einige gut klingende Schlagwörter. Der Zusammenhang zwischen der Umweltorientierung und dem ebenfalls aufgegriffenen Konzept des gemeinschaftlichen Nutzens wird in keinsten Weise dargestellt. Die Aussage, dass 20% des Tagesgeschäfts auf Citizen Value ausgerichtet werden soll, ist die einzige Zahl, die im ganzen Papier genannt wird. Dies zeigt eine weitere Schwäche des Papiers auf. Es wird viel aufgeführt, eine klare quantitative Operationalisierung der in schönen Worten dargelegten Zielsetzungen sucht man allerdings vergebens. Die Aussage, 20% des Tagesgeschäfts werden dem Citizen Value gewidmet und 80% des Tagesgeschäfts der Ökologie, ist zudem äusserst naiv. Heisst das, dass die Mitarbeiter eine Buchhaltung über die aktuelle Ausrichtung ihrer Tätigkeiten führen? Müssen sie pro Stunde für Ökologie oder Citizen Value je einen Strich machen? Oder war die Aussage zu den 20 oder 80% der letzte verzweifelte Versuch des Stadtrats, doch noch etwas Substanz zu Papier zu bringen?

Die Konsequenz dieser ungenügenden Arbeit muss für uns Grossstadträte klar sein. Ein derart fades, nichts sagendes Dokument können und dürfen wir nicht bewilligen. Ich unterstütze meinen bürgerlichen Kollegen Till Hardmeier und möchte Ihnen ebenfalls beliebt machen, das Ganze mit dem Auftrag der Nachbesserung an den Absender zurückzugeben. Damit Sie mich nicht falsch verstehen, die Strategie muss nicht lang sein, sie darf von mir aus auf zwei A4-Seiten passen. Aber sie muss schlüssig sein. Die Auflösung der Zielkonflikte muss gelingen, die quantitativen Ziele sollten genauso in die Strategie aufgenommen werden wie die qualitative Darstellung des angestrebten Zustands. Geben wir dem SR die Chance nachzubessern und weisen seinen Antrag zurück. “

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

”Wir haben während 20 Minuten von Stadtpräsident Thomas Feurer Erläuterungen gehört, wie man diesen Bericht gemacht hat, aber schlauer bin ich nicht geworden. Deshalb stelle ich den **Rückweisungsantrag** der bürgerlich-liberalen Fraktion:

Wir beantragen die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat mit folgendem Auftrag zur Ergänzung und Überarbeitung:

- Die Szenarien müssen bewertet werden.
- Die Strategieoptionen müssen im Kontext der Szenarien erklärt und gegeneinander abgewogen werden.
- Es muss aufgezeigt werden, wie man sich damit gegen die Konkurrenz abhebt, aber Private nicht aus dem Markt drängt.
- Mindestens bei der besten Strategieoption muss aufgezeigt werden, was der Unterschied zum Status quo ist (Investitionen, erwartete laufende Einnahmen, Ausgaben, Veränderung Produktpalette und so weiter).
- Alles soll auf die EKS AG abgestimmt sein, damit die in den Medien propagierte Zusammenarbeit gut funktioniert. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 23 : 7 Stimmen ab.

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der 1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP), verliest die Vorlage des Stadtrats vom 22. März 2011, Seiten 1-8 und die Anträge auf Seite 9 wie folgt:

Zu Seite 7, Kurt Zubler (SP):

"Katrin Bernath hat mir mit ihrem Eintretensvotum schon weitgehend den Acker vorbereitet. Ich unterstütze das Strategiepapier des Stadtrats, wie bereits von unserem Fraktionssprecher ausgeführt. Betreffend Seite 7, Kerngeschäft, das rund 80% ausmacht, möchte ich Folgendes zu Walter Hotz sagen: Mit Kerngeschäft ist nicht die ökologische Produktion gemeint, sondern das Kerngeschäft umfasst die Gesamtversorgung, und darin wollen wir heute einen neuen Fokus legen. Das Kerngeschäft wird zukünftig über die verstärkt regenerative Erzeugung in Kooperation mit Dritten realisiert. Von verschiedenen Rednerinnen und Rednern haben wir die Forderung nach Investitionen in eigene Anlagen gehört. Das fehlt in der Vorlage. Ich werde deshalb bei den Anträgen einen Zusatz vorschlagen. Begründung: In letzter Zeit hörte man von vielen positiven Meldungen, beispielsweise ist die EKS-Solaranlage auf der Kantonsschule ein vorbildliches Projekt, die Industriellen Werke der Stadt Genf stellen zurzeit die grösste Fotovoltaikanlage der Schweiz auf, die Stadtwerke Winterthur und Zürich engagieren sich stark mit dem Bau eigener Anlagen, in St. Gallen wurde ein Projekt für Erdwärme mit grosser Mehrheit von der Bevölkerung angenommen und auch die Swissspower - die StWSN sind in einem Verbund- und Netzwerk beteiligt - haben sich in dieser Weise klar geäussert.

Gerne erinnere ich auch an die Diskussion zur Motion von Christoph Lenz und Oliver Mank, eine Million in Solaranlagen auf städtische Dächer zu investieren. Diese Motion hat damals im Grundsatz bei allen Fraktionen Zustimmung erhalten, ist allerdings an der sehr starren Formulierung gescheitert. Das Signal des Rats war durchaus, in eigene Anlagen zu investieren. Unser Antrag will den Städtischen Werken in ihrer Strategie noch weiter den Rücken stärken, sie ermuntern, eigene Anlagen zu erstellen, sei es im Rahmen der Kompetenzen der VK oder bei grösseren Projekten in Form von guten Vorlagen, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden könnten. Wenn gute Vorlagen kommen, erreichen wir auch die nötige Zustimmung. Das ist natürlich nicht unbedingt nach dem Gusto von Till Hardmeier, der will, dass solche Anlagen von Privaten erstellt werden. Das entspricht seiner grundsätzlichen politischen Haltung, die entsprechend eingeordnet und respektiert werden muss. Der Stadtpräsident hat die erfolgreichen Städtischen Werke erwähnt, das finde ich ein sehr wichtiges Argument - sie sind erfolgreich, und sollen es auch weiterhin sein, noch weiter wachsen und in eigene Anlagen investieren können. Es ist der klare Wille des Volkes, dass die Städtischen Werke nicht privatisiert werden. Das Volk hat mit einer Zweidrittelmehrheit nachdrücklich die Verselbstständigung des EKS AG verworfen. Es darf auch sein, dass die öffentliche Hand eigene Betriebe führt, die erfolgreich sind, einen Gewinn abwerfen und den Service public garantieren. Ich werde den Antrag beim Verlesen der Anträge präsentieren. "

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag „Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011 bis 2015“ vom 22. März 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Anmerkung der Ratssekretärin: Der Antrag 1 wird wie folgt ergänzt:

Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag „Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011 bis 2015“ vom 22. März 2011 *sowie von den an der Ratssitzung vom 7. Juni 2011 beschlossenen Anpassungen.*

Kurt Zubler (SP), Formulierung eines neuen Antrags 2:

2. Der Grosse Stadtrat ergänzt die Strategie wie folgt:
Im Bereich des Kerngeschäfts (Versorgung) verstärken die Städtischen Werke die regenerative Erzeugung, insbesondere durch die Erstellung eigener Anlagen und in Kooperation mit Dritten.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag mit 14:9 Stimmen gut.

3. Der Grosse Stadtrat genehmigt die *ergänzte* Strategie “Lokaler Infrastrukturdienstleister mit ökologischer Ausprägung” der Städtischen Werke für die Jahre 2011 bis 2015.

In Antrag 3 wird Wort *ergänzte* neu hinzugefügt.

Josef Eugster (SVP), Formulierung eines neuen Antrags 4:

4. Die Städtischen Werke informieren den Grossen Stadtrat einmal jährlich über den Stand der Umsetzung sowie der finanziellen Auswirkungen.

Abstimmung :

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag einstimmig mit 30:0 Stimmen gut.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 22. März 2011 sowie die anlässlich der Ratssitzung vom 7. Juni 2011 beschlossenen Anpassungen der Anträge mit 24:7 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate

Peter Möller (SP)

Bericht der GPK

”Die GPK hat sich an ihrer Sitzung vom 19. Mai 2011 unter anderem auch mit dem Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate befasst. Sofern man schon einige Zeit im Rat ist, trifft man immer wieder auf alte, beinahe schon

liebgewonnene Bekannte. So ist es auch dieses Jahr, es wird Ihnen beim Studium der Vorlage ähnlich gegangen sein. Ich beschränke mich jetzt darauf, kurz auf die Punkte, respektive Vorstösse in der Vorlage einzugehen, die auch in der GPK zu reden gegeben haben.

Zur Motion von Christian Hablützel: Hier musste festgestellt werden, dass im Bericht auf Seite 4 eine Fristverlängerung bis 31. Dezember 2011 und in den Anträgen eine solche bis 31. Dezember 2012 beantragt wird. Um hier den Stadtrat nicht unter unnötigen Zeitdruck zu setzen und auch um sicherzustellen, dass sämtliche mit dieser Thematik verknüpften Vorstösse berücksichtigt werden können, hat die GPK einstimmig beschlossen eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2012 zu beantragen.

Eine kurze Bemerkung zum Bericht zur Motion Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept: Die in diesem Zusammenhang auf Seite 6 auf April 2011 in Aussicht gestellte Vorlage soll im Sommer 2011 dem Grossen Stadtrat zugestellt werden.

Beim Bericht zum Postulat Möller betreffend Schwimmunterricht zeigte sich die GPK über die Untätigkeit des Schulreferates enttäuscht. Anstatt zusammen mit dem Stadtschulrat dem Wunsch des Grossen Stadtrates nachzukommen und eine Zwischenlösung einzurichten, bis die kantonalen Vorgaben vorliegen, ist man beim Kanton vorstellig geworden und wartet nun zu. Mit diesem Vorgehen lernt kein Kind in dieser Stadt zusätzlich schwimmen, und das stört uns ein wenig.

Sodann hat die GPK noch zwei Änderungen an der Vorlage vorgenommen:

In Antrag 1 wurde das Datum des Berichts auf 5. April 2011 korrigiert und in der Übersicht der hängigen Motionen wurde die Motion Preisig/Käslin zum Abstimmungsmagazin gestrichen, da diese bereits am 10. Mai 2011 abgeschrieben worden ist. Die vollzählige GPK hat diese Änderungen einstimmig verabschiedet und bittet Sie es ihr gleich zu tun.

Abschliessend kann ich Ihnen noch mitteilen, dass die SP/AL -Fraktion der Vorlage in der von der GPK verabschiedeten Version ebenfalls zustimmen wird. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion hat sich mit der Vorlage über die hängigen Motionen und Postulate befasst, aber sie hat keine grossen Wellen geworfen. Wir haben die von der GPK vorgeschlagenen Änderungen zur Kenntnis genommen und werden diesen zustimmen. Allerdings haben wir auch festgestellt, dass einige Motionen schon sehr lange auf der Übersicht verharren - wir wären froh, wenn sie endlich erledigt würden.“

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion stimmt zu.“

Walter Hotz (FDP)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Die bürgerlich-liberale Fraktion hat sich eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Aus unserer Sicht gibt es zu den hängigen Motionen und Postulate, zu deren Stand der

Bearbeitung der Stadtrat mit vorliegendem Bericht Kenntnis gibt, keine Ergänzungen. Der GPK-Berichterstatter hat das Notwendigste bereits gesagt. Eine Bemerkung sei dennoch erlaubt: Auffallend ist bei Anhang III und IV, Übersicht über die hängigen Motionen sowie Übersicht über die hängigen Postulate, dass insbesondere das Präsidialreferat die meisten Pendenzen aufweist.

Meine Fraktion wird sich einstimmig der Haltung der GPK anschliessen und auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Ich mache es kurz: Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den GPK-Anträgen vom 19. Mai 2011 zustimmen. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

”Ich war an den Vorberatungsdiskussionen in der GPK anwesend und bin mit dem Vorgehen und den Anpassungen der GPK selbstverständlich einverstanden. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

”Zum Votum von Peter Möller (SP) betreffend Schwimmunterricht: Ich weise daraufhin, dass die Organisation des Schwimmunterrichts in der Kompetenz des Erziehungsrates und Stadtschulrats als eigenständige Exekutivbehörde liegt. Wir haben auch eine Zwischenlösung, die mit dem Budget bewilligt wurde. Die Lehrpersonen können auf Anfrage Schwimmlehrerinnen zum Schwimmunterricht beziehen; von diesem Angebot wird rege Gebrauch gemacht. “

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 5. April 2011, Seiten 1-15, die Anhänge I bis IV sowie die Anträge auf Seite 16 und die von der GPK am 19. Mai 2011 beschlossenen Anpassungen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 5. April 2011 und von den GPK-Anträgen vom 19. Mai 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Thomas Neukomm betreffend Gestaltung des öffentlichen Raums (Fristverlängerung bis 31.12.2012)
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll Benken (Fristverlängerung bis 31.12.2012)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen (Fristverlängerung bis 31.12.2011)

- Peter Neukomm betreffend Energie- und Klimaschutzkonzept (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
3. Weiterzubehandeln sind die Postulate:
- Christoph Lenz betreffend Schaffung von Übungsräumen (Fristverlängerung bis 31.12. 2013)
 - Peter Möller betreffend Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
 - Daniel Preisig betreffend Massnahmen für eine sichere und saubere Altstadt mit gleichzeitiger Erhaltung der Ausgangsqualität (Fristverlängerung bis 31.12.2011)
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
4. Abzuschreiben sind die Postulate:
- Roland Schöttle betreffend Rollen statt Rütteln
 - Alfred Tappolet betreffend sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 5. April 2011 und die GPK-Anträge vom 19. Mai 2011 mit 33:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 **Postulat Urs Tanner (SP): Beitritt in den Verein KLAR Schaffhausen**

Urs Tanner (SP)

Begründung

„33:0 Stimmen ist die Vorgabe, ob wir das heute noch schaffen werden? Wir haben jetzt tatsächlich die Gelegenheit, von der Theorie zur Praxis zu schreiten, von Strategien zu durchaus Handfestem. Man kann den Daumen gegen oben oder gegen unten halten, etwas zwischendurch gibt es in diesem Thema nicht. Es gibt die vor Fukushima-Grünen und die nach Fukushima-Grünen. Zu welchen Sie uns zählen, überlasse ich Ihnen gerne selbst. Herzlich willkommen sind die nach Fukushima-Grünen, ohne jene wäre der Atomausstieg in Bundesbern kaum möglich. Es ist auch in der Provinz erlaubt, seine Meinung nach dieser Katastrophe glaubwürdig zu ändern oder zu behalten. Man wird nicht alle Tage vom Bundesrat links überholt, zumindest ich nicht. Dies geschah mit dem Entscheid des Bundesrats zum so genannten Atomausstieg. Ich freute mich - erstmals, so glaube ich - aufrichtig über Doris Leuthard, von der ich atompolitisch bisher nicht allzu viel erwartet hatte. Hut ab, Politikerinnen können lernfähig sein (natürlich auch Politiker). Wenigstens war es mindestens eine Woche so, bis sich dann Doris Leuthard in der Sonntagspresse nochmals folgendermassen verlauten liess: „Sollte sich die Technik weiter entwickeln, müsste man den Neubau von Atomkraftwerken wieder erwägen“. Da war meine Freude schon wieder merklich geschrumpft, so schnell kann Liebe vergehen. Genau dieser Slalomkurs während der letzten 30 Jahre in der nicht kontrollierbaren und katastrophalen Atompolitik ist es, der uns auf Gemeindeebene verpflichtet, absolut hartnäckig zu sein und auch zu bleiben. Ich würde nie einen

Vorstoss zurückziehen, nur weil auf Kantons- oder Bundesebene pseudomässig Geschäfte überwiesen, zurückgezogen, erneut überwiesen sowie Moratorien beschlossen und zurückgezogen werden. Wir müssen auf allen Ebenen hartnäckig bleiben.

Der Vorstoss ist - das gebe ich zu - nicht wirklich matchentscheidend. Aber es ist eben doch richtig, mit Neuhausen, Gächlingen, Guntmadingen, Oberhallau, Siblingen und Jestetten beizutreten. Sie kennen die Ziele von Klar!Schaffhausen:

- Ausstieg aus der Atomenergie.
- Schaffung, beziehungsweise Erhaltung des Mitbestimmungsrechts der betroffenen Bevölkerung in Atomfragen, also wir.
- Widerstand gegen eine atomare Lagerstätte am Südranden und in Benken.

Bei diesen drei Punkten kann man nicht nur teilweise zustimmen. Ein bisschen "schwanger" gibt es in dieser Frage nicht. Gerne zitiere ich, um Ihre Unterstützung buhlend, den vom Grünen Exekutivpolitiker freien Gemeinderat von Neuhausen:

"Die sozioökonomische Studie des Kantons Schaffhausen hat gezeigt, dass ein atomares Endlager mit gravierenden Nachteilen verbunden wäre. Dies bleibt auch so, selbst wenn einzelne Faktoren oder Annahmen, welche in der Studie getroffen wurden, kritisch hinterfragt werden. Das Bundesamt für Energie geht seinerseits dennoch stets davon aus, dass ein atomares Endlager Entschädigungszahlungen auslösen würde. Wäre ein Endlager für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zumindest neutral, wie dies zumindest Kreise, die der Nagra nahe stehen, behaupten, würde die Frage von Schadenersatz nicht im Raum stehen. Art. 1 des Gesetzes gegen Atommüll-Lagerstätten vom 4. September 1983 verpflichtet die Behörden des Kantons Schaffhausen mit allen rechtlichen und politischen Mitteln darauf hinzuwirken, dass auf Kantonsgebiet keine Lagerstätten für radioaktive Abfälle errichtet und keine vorbereitenden Handlungen vorgenommen werden. Dieses Gesetz bindet auch die Gemeindebehörden, weshalb diese gehalten sind, sich gegen ein atomares Endlager zu wehren. Der Verein Klar!Schaffhausen ist aktuell die einzige, überregionale und politisch nicht gebundene Organisation, die sich gegen atomare Endlager im Südranden sowie im Zürcher Weinland wehrt. Der Gemeinderat von Neuhausen ist sich bewusst, dass die in den Statuten angestrebten Ziele nicht alle von heute auf morgen erreicht werden können. Neuhausen, als Energiestadt, kann und darf sich aber mit gesteckten Zielen identifizieren. Der Verein Klar!Schaffhausen hat in seinem Protest bis anhin stets auf rechtlich korrekte Art und Weise vorgebracht und beabsichtigt, im ureigenen Interesse an dieser Linie festzuhalten. Abschliessend ist der Gemeinderat der Ansicht, dass es eben ein starkes und viel beachtetes Signal an die Bundesbehörden, namentlich an das Bundesamt für Energie und den Bundesrat wäre, wenn die Gemeinde Neuhausen dem Verein Klar!Schaffhausen beitreten und damit seinen klaren Widerstand gegen ein atomares Endlager im Südranden oder im Zürcher Weinland dokumentieren würde."

Ersetzen Sie jetzt in meiner wunderschönen Rede Neuhausen durch Schaffhausen. Ich habe so viel geklaut wie Dr. Google-Berg, nur gebe ich es zu. Es ist eine bürgerliche Regierung, die so kommuniziert, und der Einwohnerrat Neuhausen hat keinen links-grünen Drall. Neuhausen hat uns schon den Rheinfluss weggeschnappt, wollen wir nun mit diesem Vereinsbeitritt nicht doch mit den anderen Gemeinden gleichziehen? Gibt es wirklich ernsthafte Argumente dagegen? Sollten es die Finanzen sein, liebe junge, ältere und Finanzpolitiker, übernehme ich gerne die CHF

100.-- - dann wäre Ihre Zustimmung sogar kostenneutral. Unseren Vorstoss zum Atomausstieg habe ich wie folgt beendet: neu, innovativ, mutig und zukunftsgerichtet. Danke für Ihre Zustimmung. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme Stadtpräsident**

”Ich danke dem Postulanten für seine feurige und energiegeladene Begründung. Vielen seiner Argumente kann der Stadtrat ohne Einschränkung zustimmen. Die Ereignisse der letzten Monate, speziell in Japan, haben uns eines in aller Deutlichkeit vor Augen geführt: Die Nukleartechnologie hat neben ihren durchaus positiven Seiten - beispielsweise bezüglich CO₂-Ausstoss - auch ein sehr hohes, nicht kalkulierbares Gefahrenpotenzial. Ein Potenzial, das angesichts der Fehleranfälligkeit allen menschlichen Tuns leider nicht mit letzter Zuverlässigkeit kontrolliert werden kann. Da sich die Fehler unserer Generation im Umgang mit nuklearer Strahlung noch auf viele spätere Generationen auswirken können - das werden wir vor allem mit Fukushima sehen - ist deshalb höchste Zurückhaltung angezeigt. Dies dürfte aber in Zukunft auch im Rat ein wichtiges Thema sein, wenn es darum geht, die von Ihnen 2010 erheblich erklärte Motion Urs Tanner zum Ausstieg aus der Atomenergie und das Postulat Christine Thommen für eine energieautarke Stadt Schaffhausen umzusetzen. Der Stadtrat hat daher grosse Sympathien für die Anliegen des Postulanten und für das Engagement des Vereins Klar!Schaffhausen. Jetzt werden Sie aber trotzdem erstaunt sein, wenn der Stadtrat dem Beitritt zum Verein Klar!Schaffhausen skeptisch gegenüber steht, so hat das zwei Gründe:

1. Zum einen muss die Stadt als Betreiberin der Städtischen Werke rund die Hälfte des Stroms für das EWS-Netz aufgrund der Konzession von der Axpo beziehen. Der Strom der Axpo besteht zu etwa zwei Dritteln aus Atomstrom. Die Stadt verkauft damit ihren Kundinnen und Kunden, die sich für keine Öko-Stromvariante entscheiden, heute selbst zu rund einem Drittel Atomstrom. Schaffhausen ist als Stromversorger in einer anderen Situation als Neuhausen, mit dessen Gemeindepräsidenten Stephan Rawyler ich mich tatsächlich sehr gut verstehe. Wir arbeiten in allen Prozessen der Partizipation ausserordentlich gut zusammen. Wir sind aber auch in einer anderen Situation wie die Gemeinden Gächlingen, Guntmadingen, Oberhallau, Siblingen und Jestetten. Der Beitritt zu einer Organisation, die nämlich den Verzicht auf Atomenergie und den baldmöglichsten Atomausstieg zum erklärten Ziel hat, wäre aus der Sicht des Stadtrates zum heutigen Zeitpunkt nicht glaubwürdig und würde sich auf das Engagement - da sind wir einer Meinung mit Ihnen und vor allem mit Neuhausen und den anderen Gemeinden - gegen die Tiefenlager Südranden und Benken eher kontraproduktiv auswirken. Ich komme später noch auf die konkreten Gründe zu sprechen.
2. Der Stadtrat ist aufgrund der geographischen Lage der Stadt heute in den regionalen Partizipationsverfahren für den Südranden und das Zürcher Weinland – beziehungsweise in der neuen Terminologie des Bundes „Zürich Nordost“ – involviert. Konkret bin ich das persönlich. Wir sind der Meinung, dass wir aus vorgenannten Gründen ohne das Klar!-Etikett in diesem Verfahren glaubwürdiger wirken. Nimmt die Stadt Schaffhausen durch die Mitgliedschaft im Verein Klar!Schaffhausen zum Voraus Partei, so schwächt sie aus den inkonsequenten Hintergründen ihre eigene Position in diesem Verfahren als Diskussionspartner. Dies gilt auch und insbesondere im Verhältnis zu den Bundesbehörden - dies haben wir auch schon mehrfach

gehört - denen es leicht fallen würde, der Stadt als Wiederverkäuferin von Atomstrom ein widersprüchliches Verhalten vorzuwerfen. Ich garantiere Ihnen, dass sich Markus Fritschi von der NAGRA diese Trophäe jedenfalls mit Sicherheit nicht entgehen lassen würde.

Der Stadtrat ist daher der Auffassung, dass die Stadt Schaffhausen im heutigen Zeitpunkt auf einen Beitritt zum Verein Klar!Schaffhausen noch verzichten sollte, wobei eine individuelle Mitgliedschaft der Stadträte durchaus möglich ist. Immerhin gehöre ich selbst zu den Gründungsmitgliedern von Klar!Schaffhausen und bringe meine private Mitgliedschaft durchaus mit der öffentlichen Aufgabe als Werkreferent unter einen Hut. Darüber hinaus wird sich der Stadtrat im Verbund mit dem Kanton und den anderen Gemeinden weiterhin sehr engagieren und kritisch für die Wahrung der Interessen unserer Region in den laufenden Standortverfahren einsetzen. Ebenso arbeiten wir intensiv an der Vorbereitung der Vorlagen zu den hängigen parlamentarischen Aufträgen aus der Motion Tanner für einen Atomausstieg bis 2050, dem Klimaschutzbericht und der 2000Watt-Gesellschaft in Form des Postulats von Peter Neukomm und aus dem Postulat Thommen für eine energieautarke Stadt Schaffhausen. Ich weiss, es gibt die Auffassung, dass so etwas wie eine "wohlwollende Ablehnung" nicht existiert. Aber im vorliegenden Fall bitte ich Sie, aus taktischen Gründen und gerade weil ich meine Gegner auf der anderen Seite kenne, auf die Mitgliedschaft zu verzichten. Ich glaube, dass uns die Hände ohne diesen Beitritt weniger gebunden sind. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen des Stadtrats, das Postulat nicht erheblich zu erklären. "

Thomas Hauser (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Gleich vorweg, die FDP-Fraktion wird dieses Postulat ablehnen. Obwohl wir für eine energieautarke Stadt Schaffhausen eintreten und alles unterstützen, was uns vom Atomstrom wegbringt, sind wir der Meinung, dass ein Beitritt zu diesem Verein aus Sicht der Stadt Schaffhausen falsche Signale aussendet. Dies aus drei Gründen:

1. Ein Verein hilft in dieser politisch heiklen Frage um die Atomenergie und den angestrebten Ausstieg wenig. Ob man in der vom Gesetz klar gegebenen Situation etwas Positives erreicht, ist höchst fragwürdig. Wir sind der Meinung, dass wir damit in eine Ecke gedrückt werden, die uns gar nichts bringt.
2. Wir haben in der Stadt ein eigenes Elektrizitätswerk, das zur momentanen Versorgungssicherheit auf Atomstrom angewiesen ist. Gerade die letzten Wochen zeigten doch, dass wir mit dem jetzigen Wasserstand des Rheins etwas arm dastehen und auf Zukäufe angewiesen sind. Und das sind Zukäufe von Atomstrom. Solange wir diese Abhängigkeit haben, ist es blauäugig, einem Verein wie Klar!Schaffhausen beizutreten.
3. Wir sind damit einverstanden, dass sich auch die Stadt Schaffhausen gegen atomare Lagerstätten wehrt – dies aber mit Argumenten und nicht mit Vereinen. Es ist wichtig und richtig, dass man den optimalen Lagerstandort in der Schweiz sucht und alles daran setzt ihn zu finden. Sollte es unsere Region aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Gegebenheiten treffen, sei es von Norden in Baden-Württemberg, wie von der neuen Regierung angetönt, oder südlich im Raum Benken/Südranden, müssen wir die optimalen Rahmenbedingungen herausholen. Und das können wir mit einem jetzigen Beitritt zum Verein Klar!Schaffhausen nicht erreichen.

Die Situation ist politisch und gesellschaftlich viel zu ernst, als dass wir das mit einem

Verein lösen könnten. Verstehen Sie uns richtig: Wir sind dezidiert gegen eine atomare Lagerstätte in unserer Region. In der Schweiz gibt es aus unserer Optik Standorte, die noch nicht abschliessend abgeklärt wurden. Wir müssen politisch alles daran setzen, diese Abklärungen zu erreichen, und das gelingt uns nicht mit einem Verein. Nichts gegen Vereine, aber da geht es um höchst komplexe wissenschaftliche Abklärungen und politische Entscheidungen, die wir auf einer anderen Ebene lösen müssen. “

Res Hauser (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Die bürgerlich-liberale Fraktion ist geschlossen gegen einen Beitritt in den Verein Klar!Schaffhausen. Dies aus folgendem Grund:

Aus Sicht der bürgerlich-liberalen Fraktion ist es grundsätzlich nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, einem politischen Verein beizutreten. Die politische Meinungsbildung sollte den Parteien und jeder Privatperson überlassen werden. Es ist zudem stossend, wenn politische Interessengruppen mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollten besser für sich persönlich entscheiden, welchen Vereinen sie beitreten und diese somit finanziell unterstützen. Sollte sich der Grosse Stadtrat entgegen unserer Meinung für einen Beitritt zum Verein Klar!Schaffhausen entschliessen, werden wir - als politischen Ausgleich - auch einen Beitritt in einen anderen Verein fordern. “

Ernst Spengler (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Mit den Zielen des Vereins Klar!Schaffhausen können wir uns teilweise identifizieren. Ein Ausstieg aus der Atomenergie ist notwendig. Es braucht jedoch grosse Anstrengungen, um dieses hehre Ziel zu erreichen. Aber wir machen aktiv mit. Nur nebenbei bemerkt, in unserem SVP-Kreis ist eine weitere grosse Fotovoltaikanlage in Evaluation; wir reden nicht nur von Alternativenergie, wir produzieren diese auch. Nicht nur erneuerbare Energie ist gefragt, sondern auch Verzicht, und da sind bekanntlich zwei Schritte vorwärts leichter als einen halben zurück. Dieses Problem wird uns noch eine Weile beschäftigen.

Bei den nächsten Punkten wird es schon heikler. Es ist verständlich, niemand will ein Endlager vor seiner Haustür. Der Müll muss aber am bestmöglichen Ort gelagert werden, dafür sind wir alle verantwortlich. Diese Sichtweise fehlt uns bei den Zielen des Vereins Klar!Schaffhausen. Einfach sagen, bei uns nicht, entspricht der Devise: Heiliger St. Florian, verschone unsere Häuser, zünd lieber andre an. Wir müssen uns bewusst sein, dass auch nach dem Ausstieg aus der Atomenergie radioaktive Abfälle anfallen, beispielsweise im Gesundheitswesen, die entsorgt werden müssen. Für uns ist eines zwingend: Die Fässer, die in Würenlingen in einem “Schuppen” liegen, müssen am bestmöglichen Ort gelagert und allenfalls wieder ausgelagert werden können, sollte sich eine bessere Lösung ergeben.

Die Mehrheit der SVP/EDU-Fraktion wird diesen Vorstoss ablehnen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Den Beitritt in den Verein Klar!Schaffhausen fordert Postulant Urs Tanner und führt die Ziele von Klar!Schaffhausen auf. Er hat natürlich Recht, nur der Satz, das heisst der Fall, ist falsch. Aber wir sind ja nicht pingelig und wissen genau, dass *der* Ausstieg aus der Atomenergie und *der* Widerstand gemeint sind. Ich bin

zuversichtlich, dass der Postulant, wenn er hier die Grammatik zum Stimmen bringt, den ganzen Saal überzeugen kann.

Die Lage um das Endlager ist tatsächlich akut. Vor einer Woche fand die zweite Informationsrunde zur Partizipation Zürich-Nordost, was eigentlich Benken heissen müsste, statt und gestern die Auftaktrunde zur Plattform Südranden. Dabei haben die Teilnehmenden vor allem gehört, was Vorentscheid des Bundes, also tabu, und bei der Mitsprache nicht zu besprechen ist. Uns bleibt lediglich die Auswahl der Farben und, jetzt wird es echt spannend, die Wahl der Platzierung der Anlagebauten innerhalb der Standortregion. Ist der Eingang in Beringen, Neuhausen oder bei anderen Unglücksraben? Diese Frage könnte zu echten Spannungen unter den beteiligten Gemeinden oder zwischen den verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Standortregion führen. Genau das darf nicht passieren. Es schwächt unsere Position gegenüber dem Bundesamt für Energie. Darum will Klar!Schaffhausen möglichst alle Gemeinden und ganz besonders die grossen einbinden. Wir brauchen unter uns faire Spielregeln und eine gemeinsame Sprache. Man darf uns nicht gegeneinander ausspielen, sonst haben wir verspielt. Das haben die Gemeinden des Südrandens erkannt und sind Klar!Schaffhausen beigetreten. Auch unser grosser Nachbar Neuhausen ist bereits Mitglied. Zudem engagiert sich Klar!Schaffhausen nicht nur im Südranden, sondern ebenso schlagkräftig im Weinland. Schaffhausen wäre vom Standort Südranden als auch von Benken gleichermassen betroffen, deshalb brauchen wir Verbündete. Anders als Thomas Feuerer sagen wir, gerade darum brauchen wir an beiden Orten Verbündete. Klar!Schaffhausen ist ein breiter Partner, Linke, Grüne und bürgerliche Parteien sind Mitglieder und im Vorstand vertreten und ganz zuletzt, das schlagende Argument unseres Mathematikprofessors: Das alles ist fast gratis zu haben. Mit CHF 120.-- liegt der Mitgliederbeitrag selbst bei uns in der Kompetenz des Stadtrats. Wir haben allen Grund, Ja zu sagen. Das ist unsere Meinung.

Zur FDP möchte ich sagen: Sie hat moniert, es gehe um eine politisch heikle Frage. Ich versichere Ihnen, dass das Bundesamt für Energie gegen dieses Argument aufschreiben würde. Es sagt, dass es eben gerade kein politischer Entscheid sei, sondern aufgrund der Verantwortung soll die technisch beste und sicherste Lösung gefunden werden, dafür werde man plädieren. Dazu gibt es natürlich sehr divergente Meinungen, obwohl ich Ihnen letztlich auch nicht ganz das Gegenteil versprechen kann; Zweifel sind vorhanden, was schlussendlich ausschlaggebend sein wird. Offizielle Version ist die Sicherheit.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion ist sich hoffentlich immer noch einig und stimmt dem Postulat zu. Jetzt muss ich noch eine kleine Korrektur an unseren Stadtpräsidenten schicken: Es heisst, die Gänse und die Anten, das sind die Musikanten - genau so heisst es die Postulanten. “

Beat Brunner (SVP)

Votum

”Für mich ist Sonnen-Klar!, dass die Schweiz langfristig gesehen aus der Atomenergie aussteigen muss. Da wir aber bis jetzt und auch in nächster Zukunft Atommüll produzieren, ist für mich die Entsorgung und Lagerung dieses Abfalls sehr wichtig. Es muss uns auch bewusst sein, dass nicht nur die Energieproduktion Atomabfall hinterlässt, sondern auch Industrie, Gesundheitswesen und Chemie. Die Exekutive vom Bund bis zur Gemeinde sollte darum bemüht sein, konstruktive Lösungen zu suchen. Der Verein Klar!Schaffhausen ist aber alles andere als konstruktiv im Finden von Lösungen.

Auch wenn wir schon ab morgen keinen Atomstrom mehr produzieren, ist die Frage der Endlagerung von radioaktivem Material noch lange nicht gelöst. Sicher möchte ich persönlich auch kein Endlager vor der Haustür, aber was bis heute mit den Fässern voll radioaktivem Material passiert, ist alles andere als verantwortungsbewusst. Wie bereits von Ernst Spengler gesagt, wird dieses in der Nähe von Würenlingen in einem nur leicht gesicherten Gebäude zwischengelagert. Heute Mittag kam mir der Gedanke, wenn beispielsweise ein Gaddafi-Getreuer uns Schweizern böse wollte (und solche muss es noch geben, sonst wäre dieser Krieg schon lange zu Ende) und mit einer Panzerabwehrrakete das Gebäude zur Explosion bringen würde. Was hätte das für Folgen? Dann doch lieber tief unter der Erde gut gesichert.

Aus meiner Sicht muss der Bund mit den Gemeinden und Kantonen so bald wie möglich eine gute Lösung finden und alle Betroffenen entsprechend den damit verbundenen Nachteilen entschädigen. Uns sollte allen klar sein, dass in nächster Zeit einiges auf uns zukommt, und darum ist mir klar, dass ich persönlich Strom sparen muss, damit wir die hochgesteckten Ziele erreichen können. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Sie können jetzt entscheiden, ob die Stadt Schaffhausen dem Verein Klar!Schaffhausen beitreten soll oder nicht. Werden Sie dem SR den Auftrag erteilen, dem Verein beizutreten, so hat der SR den Auftrag, sich für den Ausstieg aus der Nutzung von Kernenergie und gegen den Bau eines Endlagers für radioaktive Abfälle im Kanton Schaffhausen einzusetzen. Somit ändern Sie aber nicht die Tatsache, dass eines klar bleibt: Die bisherigen und die bis zu seiner allfälligen Stilllegung der Kernkraftwerke noch anfallenden radioaktiven Abfälle müssen sicher entsorgt werden. Wenn Sie - und ich gehe davon aus, dass dies auch die Führungsparteien mit ihren Exekutivvertretern tun - verantwortungsvoll denken, kommen wir alle um diese Aufgabe nicht herum. Die Entsorgung ist und bleibt ein dringendes Anliegen, eine Aufgabe, welche Sie und ich - wir haben vom Atomstrom profitiert - kompetent und zügig lösen müssen. Ich wünsche mir eine Regierung, die bereit ist, die Wissenschaft bei der Abklärung für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu unterstützen und nicht zu behindern. Der Verein Klar!Schaffhausen verhindert eine wissenschaftliche Abklärung in diesem Bereich. Wir Politiker sind aufgefordert, den Dialog zu fördern und nicht zu verhindern. Klar!Schaffhausen sucht den Dialog nicht. Denken Sie zum Beispiel an die Ölfässer mit Totenkopf - als ob die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Ölfässern vollzogen wird - an der Agglomeration verschiedener Gemeinden im Kanton. Altregierungsrat Meister sprach damals von Wirtschaftsschädigung.

Ein Beitritt in den Verein Klar!Schaffhausen ist abzulehnen, denn wir müssen den Exekutivmitgliedern den Auftrag erteilen, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass es ihnen ernst ist, die Arbeiten zur Entsorgung radioaktiver Abfälle gesellschaftlich breit abzustützen, und sie sich dafür einsetzen, dass konkrete Entsorgungsvorhaben so sicher wie erforderlich und so schnell wie möglich realisiert werden. Die Schweiz hat ein nukleares Entsorgungsproblem. Wir Bürger sind betroffen und müssen sachlich über die Frage der Entsorgung informiert werden. Wir Politiker sind aufgefordert, den Dialog zu fördern und nicht zu verhindern.

Klar!Schaffhausen und Klar!Schweiz suchen den Dialog nicht, deshalb ist ein Beitritt der Stadt Schaffhausen zu diesem Verein abzulehnen. “

Martin Egger (FDP)**Votum**

"Geschickt hat der Postulant in seiner mündlichen Begründung die Themen Energieversorgung, Ausstieg aus der Kernenergie und die Entsorgungsfrage miteinander vermischt. Ich glaube, die Haltung gegenüber der CO2-freundlichen Kernenergie ist in diesem Rat grösstenteils gefestigt. Mir ist klar, und das ist das Einzige, was mir klar ist, dass sich die Gegner auch nach meinem Votum für einen raschen Ausstieg aus der Kernenergie einsetzen werden. Aber aus der Entsorgungsfrage lässt sich leider nicht aussteigen, die radioaktiven Abfälle sind bereits vorhanden. Das Postulat Tanner lehne ich aus folgenden drei Gründen entschieden ab:

1. Das Postulat ist unfair, da das Prinzip der grössten Sicherheit missachtet wird. Der Verein Klar!Schaffhausen fokussiert sich laut seinen Statuten auf die Region Südranden und das Zürcher Weinland. Damit werden de facto andere Regionen für die Aufgabe einer Lagerung in die Pflicht genommen. Gerade die jüngsten Ereignisse in Japan haben aber gezeigt, dass Sicherheitsüberlegungen bei Nuklearfragen von grösster Bedeutung sind. Potenzielle Standorte dürfen nicht per se ausgeschlossen werden. Es braucht eine Lösung am möglichst sichersten Ort.
2. Das Postulat ist unangemessen, da eine Mitgliedschaft der Stadt in einem Verein ein Präjudiz darstellen könnte. Agglomerationsvereine, Gewerbevereine aber auch Sport- oder Musikvereine könnten mit vergleichbaren Argumenten eine Mitgliedschaft der Stadt einfordern. Eine Mitgliedschaft führt damit zu fast unlösbaren Abgrenzungsfragen.
3. Das Postulat ist unnötig, da der Kanton Schaffhausen bereits gesetzlich verpflichtet ist, sich gegen ein Tiefenlager in der Region auszusprechen und eine entsprechende Haltung zu vertreten.

Weil das Postulat unfair, unangemessen und unnötig ist, werde ich es ablehnen. "

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

"Ich spreche primär zum Vereinszweck Widerstand zu einem Endlager. Nicht nur wir, sondern alle Länder - mindestens in Europa - haben das Problem, dass, wenn sie in ihrem Land Atomstrom produzieren, auch atomarer Abfall anfällt, den sie in ihrem Land zu entsorgen haben. Gewisse linke Kreise loben die Österreicher, sie beziehen Atomstrom aus dem Osten und ihnen ist offenbar egal, wie dort entsorgt wird. Ob das lobenswert ist? Ich glaube, wir alle hier im Saal sind nicht die Spezialisten, die entscheiden können, wo in der Schweiz die Geologie so sicher ist, dass am Sichersten entsorgt werden kann. Dieses Problem muss deshalb von der Wissenschaft gelöst werden.

Ich bin der klaren Meinung, dass die Wissenschaft aufzeigen soll, wo die sichersten Standorte in unserem Land sind, und an diesen Standorten soll ein Endlager eingerichtet werden und zwar so, dass die Entsorgung und die Endlagerstätte auch überwacht werden kann. Ich frage Sie, was denn der Unterschied gegenüber der heutigen Zwischenlagerung der Castor-Behälter in Würenlingen - wo diese Behälter in einer grossen offenen Halle zwischengelagert und dabei abgekühlt werden, bis sie irgendwann einmal in einem Endlager gelangen - und einem Endlager ist? Wenn an beiden Orten jederzeit bei sich abzeichnenden Veränderungen eingegriffen werden kann, sehe ich eigentlich nur einen gewichtigen Unterschied; Das Tiefenlager ist

mindestens 600 Meter unter der Erdoberfläche und deshalb aus meiner Sicht wesentlich sicherer. Die Frage stellt sich nun, ob wir offen und laut sagen wollen "Wenn es bei uns am besten ist, soll hier entsorgt werden" oder ob wir unserer Behörde den Auftrag erteilen und von ihr verlangen, solange den Widerstand aufrecht zu erhalten, bis klar ist, welches der sicherste Ort in der Schweiz ist; wenn es mehrere sichere Orte in der Schweiz gibt, muss unsere Behörde dafür sorgen, dass vom Bund eine seriöse Güterabwägung gemacht wird. Sollte der Standort für diese Enddeponie in der Schweiz in unserer Gegend der Sicherste sein, müssen wir dafür einen so hohen Preis verlangen, dass die in der sozioökonomischen Studie aufgezeigten wirtschaftlichen Nachteile abgedeckt werden können.

Ich bin klar nicht dafür, dass wir nur sagen "Nein, kein Atomstrom" und keine Alternative aufzeigen, so, wie dies der Verein fordert und gegen ein Endlager ist. Laut dem Bundesrat soll noch bis ungefähr 2035 - sofern das stimmt, was Bundesrätin Doris Leuthard sagt - radioaktiver Abfall aus Atomkraftwerken weiterhin anfallen, und erst dann will man offensichtlich abschalten. Vergessen Sie bitte die Medizinalabfälle nicht; auch diese haben einen wesentlichen Anteil am atomaren Abfall, der entsorgt werden muss.

Aus diesem Grund gehört es zum Grundauftrag unserer Behörde, sich solange gegen das Endlager zu wehren, bis klare Fakten auf dem Tisch liegen, und dann muss entschieden werden, nicht im Voraus aus dem Bauch heraus. "

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Ich wundere mich nicht, dass die heutige Diskussion auf eine Diskussion über das Endlager hinausläuft. An dieser Stelle kann ich Ihnen versichern, dass dieses Thema uns noch lange und intensiv beschäftigen wird. Ich teile die Meinung nicht, dass der Verein Klar!Schaffhausen eine destruktive Haltung einnimmt, er hat einfach eine andere Meinung bezüglich der Frage der Sicherheit. Das ist meines Erachtens sehr legitim. Mit der Einflussnahme und Einsitznahme des Vereins Klar!Schaffhausen innerhalb des Partizipationsverfahren habe ich keine Mühe; Sie sind übrigens alle herzlich eingeladen, an diesem Verfahren ebenfalls teilzunehmen. Hingegen ist es mir als Vertreter der Stadt, die auf der einen Seite zwar aussteigen will, aber im Moment noch Atomstrom liefert (wir beliefern unsere Kunden zurzeit mit Atomstrom) nicht gut möglich, einem Verein beizutreten, der genau das ablehnt. Angesichts dieses Dilemmas glaube ich nicht, meine absolut identische Haltung mit Klar!Schaffhausen - und vielen von Ihnen, was das Tiefenlager anbetrifft - glaubwürdig wahrnehmen zu können. "

Urs Tanner (SP)

Schlusswort

"Ich wiederhole, ein Beitritt wäre ein starkes und viel beachtetes Signal und bin eigentlich - ausser vom Stadtpräsidenten - über nichts und niemanden erstaunt. Ich bin froh, dass Sie bei Ihrer Meinung bleiben und diese in Ihren Augen objektiv und stringent vertreten. Zum Akkusativ: Ich habe den Vorstoss von einem Ökoliberalen aus Neuhausen wahrscheinlich zu viel gegoogelt. Der Akkusativ ist für einen Juristen vielleicht auch ein bisschen schwierig. Trotzdem vielen Dank für die Unterstützung. Es fehlte wohl einfach die Ergänzung "... angestrebt werden", dann wäre der Akkusativ korrekt.

In jedem Fall muss ich verneinen, zu denen zu gehören - es gibt Sozialdemokraten und SVP-Ständeräte - die eine Entsorgung ins Ausland propagieren. Das ist unser

eidgenössischer, eigener Müll, und dieser wird auf jeden Fall in der Schweiz verbuddelt, am besten Ort, und wenn wir Pech haben, trifft es uns. Aber wenn wir jetzt schon sagen, das sei ein schlechtes Signal - dann sind wir es ganz sicher. Wir haben ein Atomgesetz, an das wir uns halten - da stimme ich der rechten Seite zu. Schlussendlich haben wir das Problem nicht verursacht, wir sind bereits seit 40 Jahren gegen diese Energie und Technik. Wir helfen aber jetzt, gemeinsam diesen Müll zu entsorgen - es haben auch alle profitiert, und vieles wurde negiert. Diesen Müll entsorgen wir nicht in die Dritte Welt, auch wenn dies SVP-Ständeräte oder SP-Vertreter so wollen; es entscheiden nicht die Experten, bitte studieren Sie das Atomgesetz genau, das Schweizer Volk entscheidet, davon sind wir 1%; wenn wir nichts machen, können wir jetzt schon Danke sagen. Wir können weder als Schaffhauser, noch als Hemmentaler über Zahlen entscheiden, sondern müssen in den sauren Apfel beißen. Die Statuten sind klar, und es kostet nichts, weil ich es bezahle. Wir hatten in den letzten 50 Jahren die Atomkraft nicht im Griff - USA, Sowjetunion sowie die hoch technologisierte Industrienation Japan mit Fukushima - wie sollen wir hunderttausend Jahre in den Griff bekommen? Bitte springen Sie über Ihren Schatten, treten Sie diesem Verein nach ZGB60 bei, und ich glaube, dass man die juristischen Probleme lösen kann. Ich entnehme aus den Mehrheitsverhältnissen und Voten aus den Parteien, dass dieser Minischritt ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist - dafür danke ich Ihnen. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in der Schlussabstimmung mit Stichentscheid des Präsidenten und 15 : 14 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN:

Neu eingegangener persönlicher Vorstoss:

Postulat von Josef Eugster (SVP): Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton, Eingang 7. Juni 2011.

Der **Ratspräsident** bedankt sich abschliessend beim Parlament für die spannende und lebhaftere Sitzung und vor allem für die kurzen und prägnanten Voten. Edgar Zehnder (SVP) wünscht sich, dass dieser Wind auch in den nächsten Ratssitzungen weiter wehen möge.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 21. Juni 2011, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:17 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring